

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897

145 (27.3.1897) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagblatt.

Samstag, 27. März.

Mittagblatt.

№ 145.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 75 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1897.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 26. März.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)
Abg. Bebel fragt nach dem Stande der Peterangelegenheit. Direktor im Kolonialamt Hr. v. Richtigofen: Nach Schluß der Vorunterkunft hat der Reichszentralrat die Sache an den Disziplinargerichtshof für die Kolonien verwiesen. Die Verhandlung ist auf den 24. April festgesetzt. Die Verzögerung ergibt sich aus dem Umstande, daß eine Reihe von Zeugen in's Innere von Ostafrika gegangen sind.

Abg. Werner (Reformp.) hätte gewünscht, in der Angelegenheit Denhardt endlich aus den Erwägungen herauszukommen.

Nach weiteren Bemerkungen des Hrn. v. Richtigofen und des Abg. Werner wird eine Reihe von Etatspositionen angenommen.

Beim Etat des Reichsamts des Innern begründet Abg. Schulz-Lupitz (Reichsp.) einen Antrag, eine landwirtschaftlich-technische Reichsanstalt für Bakteriologie und Phyto-Pathologie in's Leben zu rufen.

Staatssekretär v. Boetticher: Die Absicht ist gewiß eine anerkanntswürdige. Die Landwirtschaft selbst, die preussische und einige andere Regierungen sind auf dem betreffenden Gebiete bereits vorgegangen. Welche Aufnahme die Resolution zur Begründung einer besonderen Reichsanstalt beim Bundesrat finden würde, weiß ich nicht. Diefelbe scheint mir aber nicht der geeignete Weg zu sein. Ich mache mich anheischig, mir den Grundgedanken der Resolution anzueignen und Untersuchungen über geeignete Wege zur Erreichung dieses Zieles anstellen zu lassen.

Abg. Müller-Sagan (Fr. Vpt.) wünscht das Institut auch auf die Zoopathologie auszuweiten.

Abg. Schulz-Lupitz zieht seinen Antrag zurück.

Auf eine Anregung des Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.) bemerkt Staatssekretär v. Boetticher, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten Landesbeamte sind, demnach der Aufsicht der Reichsbehörden nicht unterstellt werden könnten. Da müßte die Gewerbeordnung geändert werden. Es muß daher entweder wiederholt der Weg der Beschwerde beschritten oder dafür gesorgt werden, daß auch in das preussische Abgeordnetenhaus Sozialdemokraten kommen. (Heiterkeit.)

Abg. Wurm (Soz.) bringt zur Sprache, daß der Gewerbeinspektor von Lübeck zugleich Agent für mehrere private industrielle Unternehmungen sei. Auf eine Anregung des Abg. Hahn (fraktionslos) bemerkt Staatssekretär v. Boetticher, es sei eine Verschleimung der Verhandlungen mit England betreffend das Seewegrecht der Fischdampfer angeordnet. Doch scheine eine Verständigung bis zum 1. Juli fast unmöglich. Eine Konferenz von Sachverständigen habe sich dahin geäußert, daß eine einheitliche Durchführung der Washingtoner Beschlüsse in jedem Falle der differenziellen Behandlung einzelner Punkte vorzuziehen sei. Es folgen Bemerkungen mehrerer Abgeordneten, wobei Staatssekretär v. Boetticher darauf hinweist, daß für Kommunikation von Ufer zu Ufer des Kaiser Wilhelm-Kanals das Mögliche geschehen sei.

Eine Reihe von Positionen wird angenommen. Bei dem Etat des Reichsheers bringt Abg. Pöns (Soz.) nochmals die Vorfälle in Dessau zur Sprache, wo sich Offiziere untereinander geschlagen hätten.

Kriegsminister v. Goller: Ein Cigarettenfabrikant, der Referent des Trains war, war im Jahre 1894 mit einem anhaltischen Stallmeister in Streit geraten über die Güte seiner Cigaretten und hatte mit Bierfeld geschlagen. Er ist zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden und wurde selbstverständlich aus dem Offiziersstande entfernt.

Abg. Jorns (nat.-lib.) (auf der Tribüne schwer verständlich) befürwortet unter großer Heiterkeit des Hauses eine Petition aus Einbeck gegen die Verlegung der dortigen Garnison.

Generalmajor v. Gemmingen begründet die Vorlage mit örtlichen Verhältnissen, die bereits in der zweiten Lesung dargelegt seien.

Der Militärstat wird ohne erhebliche Debatte bis zu den einmaligen Ausgaben erclusive erledigt.

Sodann vertagt sich das Haus auf morgen 1 Uhr. Rest der heutigen Tagesordnung.

* Zur Lage im Orient.

(Telegramme.)

* London, 26. März. Unterhaus. Curzon erklärt, die Mächte hätten Griechenland schon aufgefordert, die Truppen von Kreta zurückzuziehen. Der Aufforderung sei aber bisher nicht entsprochen worden. Unter diesen Umständen sei es nicht wahrscheinlich, daß die Mächte den Vorschlag Griechenlands auf gleichzeitigen Rückzug der türkischen und griechischen Truppen berücksichtigen würden. Die Frage des Rückzugs der türkischen Truppen werde besonders erwogen. Die britische Regierung befürwortet die Zurückziehung mit geringstmöglichem Verzug.

* Athen, 26. März. Der Kronprinz hat die Abreise um einige Tage verschoben.

* Athen, 26. März. Nach einem Telegramm aus Canea von 7 1/2 Uhr Nachmittags sind in Heraklion Engländer und in Kethymo 400 Mann russischer Truppen gelandet.

* Athen, 27. März. Den Gesandten der Mächte wurde gestern Nachmittag eine Note überreicht, in der Griechenland gegen die Blockade Kretas Einspruch erhebt.

* Canea, 27. März. Contreadmiral Sami-Pascha landete gestern Nachmittag mit einem türkischen Transportschiff und schaffte eine große Menge Munition aus. Der Kampf begann wieder und dauerte den ganzen Tag um die Dörfer Trifalaria, Nerokuru und Dazan fort. Die Griechen bei Malaza beschossen das türkische Geschwader in der Sudabucht.

* Canea, 27. März. Eine Abordnung der vornehmsten Beys des Kommandanten der internationalen Truppen ihr Eigentum in der Umgegend von Canea benach zu lassen. Das Fort Perivoglia ist gänzlich zerstört. Der Kampf dauert im Dorfe Nerokuru fort.

* Konstantinopel, 27. März. Die Nachricht, daß sich deutsche und russische Offiziere bei den Truppen an der griechischen Grenze und deutsche Offiziere auf der türkischen Flotte befinden, ist unbegründet. Das türkische Geschwader ist in Basifabari eingetroffen, wo es vorläufig zu Übungszwecken vereinigt bleibt. Die Erziehung des Bali von Adana durch Hussein Hilmi, den früheren Gouverneur von Maan befriedigt die Vorkämpfer. Das armenische Patriarchat entbande den Verweiser des Bischofses von Siwas nach Tokat.

Die Eisenbahnverstaatlichung in der Schweiz.

(Telegramm.)

* Bern, 26. März. Die heute vom Bundesrathe veröffentlichte Vorlage über den Rückkauf der schweizerischen Eisenbahnen enthält als Beilage den Entwurf zu einem Bundesgesetz, betreffend den Erwerb und Betrieb von Eisenbahnen für Rechnung des Bundes und betreffend die Organisation und Verwaltung der schweizerischen Bundesbahnen. Die konfessionsgemässen Rückkaufsschätzungen werden im ganzen auf 964 Millionen Francs berechnet. Die wirklichen Liquidationswerte für die Aktien der auf den 1. Mai 1902 bezw. 1909 für die Gotthardbahn rückfälligen Linien werden berechnet auf im ganzen 289 Millionen Francs oder für die Jura-Simplonbahn auf 81 Millionen Francs, für die Nordostbahn auf 54 Millionen Francs, für die Centralbahn auf 54 Millionen Francs, für die Vereinigten Schweizerbahnen auf 31 Millionen Francs, für die Gotthardbahn auf 62 Millionen Francs.

Für 100 Francs Nominalwert der Aktien berechnen sich die Liquidationswerte für die Prioritätsaktien der Jura-Simplonbahn und der Vereinigten Schweizerbahnen auf 100 Proz., für die Stammaktien der Jura-Simplonbahn auf 61.10 Proz., für die Aktien der Nordostbahn auf 67.68 Proz., der Centralbahn auf 108.62 Proz., der Vereinigten Schweizerbahnen auf 63.13 Proz., der Gotthardbahn auf 124.12 Proz. Es berechnet sich also der Liquidationsbetrag für die Stammaktien der Jura-Simplonbahn auf 120.19 Francs, für die Aktien der Nordostbahn auf 338.42 Francs, der Centralbahn auf 543.10 Francs, der Vereinigten Schweizerbahnen auf 315.64 Francs und der Gotthardbahn auf 620.62 Francs per Aktie. Die Vorlage hält eine Verfassungsrevision nicht für notwendig, wohl aber hält sie es für geboten, die Frage des Rückkaufs gleichzeitig mit der Organisation der Staatsbahnverwaltung durch Gesetz zu regeln.

Die Vorlage hält es für denkbar, daß nach erfolgter Kündigung von den Gesellschaften selbst Verhandlungen für den freihändigen Kauf eingeleitet werden. Bei Ausdehnung der Verstaatlichungsaktion auf andere Bahnen oder für den Bau neuer Linien sind die bezüglichen Vorlagen jeweils dem Referendum zu unterstellen. Das Rechnungswesen der Bundesbahnen soll von dem der andern Staatsverwaltungen abgelöst und der Reinertrag soll ausschließlich verwandt werden für Verzinsung und Amortisation der Bahnschuld, zur Ausgleichung der Schwankungen in den Jahreserträgen, sowie zur Hebung und Erleichterung des Verkehrs. Schließlich ladet der Bundesrat in der Vorlage die Bundesversammlung zur beschleunigten Behandlung der Vorlage ein, da vor dem 1. Mai 1898 der Entscheid grundsätzlich gefallen sein müsse, der dem 1. September 1897 von der Bundesversammlung endgültig festzusetzen ist.

Die südafrikanischen Zustände.

(Telegramm.)

* London, 26. März. Parlamentarischer Untersuchungsausschuß. Das Verhör Schreiners durch Chamberlain, dessen Fragen darauf hinausgingen, darzutun, daß die Beschwerden der Uitlanders begründet sind, wurden fortgesetzt. „Was sollen die Uitlanders noch erdulden,“ jagte Chamberlain. „Wie lange sollen sie noch darauf warten, daß ihnen von Transvaal Zugeständnisse gemacht werden?“ Schreiner betonte in seiner Antwort wiederum das Vertrauen in die Freundschaft Transvaals. Als nächster Zeuge wurde Dr. Jameson aufgerufen. Derselbe verlas eine lange Erklärung über die Reformbewegung in Johannesburg und über den Beschluß der Leiter dieser Bewegung, den Präsidenten Krüger zu zwingen, ein Plebiszit der ganzen Bevölkerung zu veranstalten. Jameson erklärte dann, er habe den Leitern der Bewegung thätige Unterstützung zugesagt und sich für verpflichtet gehalten, dieses Versprechen zu erfüllen. Rhodes habe von seinem Ausbruch nach Johannesburg keine Kenntnis gehabt, sei aber über die dem Ausbruche vorhergegangenen Maßnahmen unterrichtet gewesen. Jameson jagte schließlich, er habe nicht recht gethan, weil ihm sein Vorgehen nicht gegliedert sei; hätte sein Vorgehen aber Erfolg gehabt, so wäre es ihm verziehen worden. — Die Verhandlungen wurden sodann bis Dienstag vertagt.

son erklärte dann, er habe den Leitern der Bewegung thätige Unterstützung zugesagt und sich für verpflichtet gehalten, dieses Versprechen zu erfüllen. Rhodes habe von seinem Ausbruch nach Johannesburg keine Kenntnis gehabt, sei aber über die dem Ausbruche vorhergegangenen Maßnahmen unterrichtet gewesen. Jameson jagte schließlich, er habe nicht recht gethan, weil ihm sein Vorgehen nicht gegliedert sei; hätte sein Vorgehen aber Erfolg gehabt, so wäre es ihm verziehen worden. — Die Verhandlungen wurden sodann bis Dienstag vertagt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 27. März.

○ (Lebensbedürfnisverein.) Die Generalversammlung, die bekanntlich auf den 11. März im Saale des Weißen Bären ausgeschrieben war, die aber wegen übergroßen Andranges nicht abgehalten werden konnte, fand gestern Abend im großen Saale der Festhalle statt, die sich für das Andrängen der Mitglieder fast auch als zu klein erwies. Herr Kriegsrath Krümel eröffnete als Vorsitzender die Versammlung und erstattete den Geschäftsbericht, nach welchem 11 Proz. Dividende aus dem Verkaufsgeschäft und 7 1/2 Proz. aus dem Lieferantengeschäft vom kommenden Montag ab zur Verteilung gelangen. Die Erneuerungswahl zum Aufsichtsrath — es schieden sagemäßig sechs Mitglieder aus — gab den sozialdemokratischen Mitgliedern zu einer Wahlkraftprobe Veranlassung, die jedoch scheiterte. Die ausscheidenden Mitglieder, die aus der Versammlung heraus ein Vertrauensvotum erhielten, wurden mit etwa 1000 Stimmen wiedergewählt, während auf die sozialdemokratische Liste etwa 920 Stimmen entfielen. Eine lange Debatte entspann sich über den Antrag einer größeren Anzahl Mitglieder, denen sich der Vorstand angeschlossen hatte, betreffend die Umwandlung der Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft, die vornehmlich mit den Schwerkräften begründet wurde, welche das Reichsgesetz vom 12. August 1896 den Konsumvereinen bereite. Für den Antrag sprachen sich der Vorstand, Beheimerrath Fuchs, Apotheker Schuch aus, während aus Arbeiterkreisen die gegenwärtige Ansicht geltend gemacht wurde. Da die Annahme des Antrages nur durch Zweidrittelmehrheit möglich ist, so dürfte nach dem obigen Wahlergebnisse die Schlußabstimmung, die erst heute festgestellt wird, für den Antrag ein negatives Resultat ergeben haben. Erst gegen 10 Uhr nahm die um 7 Uhr begonnene Versammlung ihr Ende. (Wie wir nachträglich erfahren, sind gegen den Antrag auf Umwandlung 1148 und für denselben 699 Stimmen abgegeben worden.)

▲ (Unglücksfall.) Gestern Abend fiel ein 6 1/2 Jahre altes Mädchen aus dem 3. Stock eines Hauses in der Scheffelstraße in den Hof und erlitt einen Schädelbruch. Das Kind, welches sich allein zu Hause befand, ist seinen Verletzungen im Diakonissenhaus am gleichen Abend erlegen.

□ Mannheim, 26. März. Die Konstituierung der hiesigen Börse ist erfolgt. Gestern fand eine Sitzung des Gesamtvorstandes statt, in welcher zum Vorsitzenden Herr Bankdirektor Zeller und zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Emil Hirsch gewählt wurden mit der Bestimmung, daß für die Folge diese Chargen jeweils zwischen den Vorsitzenden der Effekten- und Produktentbörse alljährlich wechseln sollen. Die Börse tagt unter der vom Großh. Ministerium des Innern am 30. Dezember 1896 genehmigten Voranordnung; sie betrachtet sich als Rechtsnachfolgerin der früheren Börse und übernimmt alle Rechte und Pflichten derselben. Zum Kassier der neuen Börse wurde Herr Bankdirektor Grosch gewählt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 27. März. Den „Morgenbl.“ zufolge begimmen die Osterferien des Reichstages nach den vorläufigen Dispositionen am 1. April.

* Essen a. Rh., 26. März. Die heute in Köln tagende Versammlung von Vertretern deutscher Grobblechwalzwerke hat allseitig den Syndikatsvertrag angenommen und Vorbereitungen für die Errichtung von Geschäftsstellen getroffen.

* Hamburg, 26. März. Die Senatskommission für die Untersuchung der Arbeitsverhältnisse im Hafen erläßt heute offiziell eine Bekanntmachung, in der an der Hand von Aktienstücken dargelegt wird, daß keineswegs die Kohlenimporteure wortbrüchig geworden sind, sondern daß die Arbeitnehmer die von ihren Delegirten geschlossenen Vereinbarungen mit den Importeuren nicht anerkannt haben. Die Arbeitgeber waren in der Kommission von der Forderung, daß die Arbeiter einen Fonds bis zu 100 oder 150 M. von dem Arbeitslohn hinterlassen müßten, um eine Sicherheit für die Innehaltung der Verpflichtung zu schaffen, völlig zurückgetreten und hatten dem von den Arbeitnehmern verlangten Lohn-tarif ohne Einschränkung zugestimmt. Die Arbeiter beschlossen jedoch, der von ihren Delegirten getroffenen Vereinbarung nur unter der Bedingung zuzustimmen, daß die Arbeitgeber folgenden Revers unterschreiben: „Die Unterzeichneten erklären hiermit, nichts unternehmen zu wollen, was die jetzigen Kohlenaffordschauerleute in irgend einer Weise schädigen könnte.“ Diesen jeder beliebigen Auslegung fähigen Revers zu unterschreiben erklärten sich die Arbeitgeber außer Stande. Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß das Abkommen durch das Vorgehen der Arbeitnehmer hinfällig geworden war, und die Arbeitgeber engagirten sofort die nötigen Arbeitskräfte, die sich aus anderen Branchen der Hafenarbeiter zu der sehr einträg-

